

23. JAN. 1962



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/ 23. Januar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 888 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Ulbrichts Wehrpflicht</u> Verschärfung des Drucks auf die Zone	40
2 - 3	<u>Neue europäische Energiepolitik?</u> "Es kann keine volle Liberalisierung geben" Von Hans Vandenbergh, z.Zt. Straßburg	52
3 - 4	<u>Walzoffen, der Zukunft zugewandt</u> Das Regierungsprogramm Hamburgs	49
5 - 6	<u>Altsämer zwischen China und dem Westen</u> An wen geht die nächste Runde? Von Harry Schleicher	61
7	<u>Kulturelle Entwicklungshilfe</u> Schulbedarfsplan im Sicht Von Werner Schumann, Hannover	33

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Ulbrichts Wehrpflicht

Verschärfung des Drucks auf die Zone

sp - Die Einführung der Wehrpflicht in dem sowjetisch besetzten Teil Mitteldeutschlands kommt nicht überraschend. Sie macht nur einen Zustand "gesetzlich", der de facto schon lange bestand. Hunderttausende Jugendliche wurden in den vergangenen Jahren gegen ihren Willen in die verhassten Uniformen des SED-Zwangsarbeites gepreßt und zu Leistungen ganz- und halbmilitärischer Art herangezogen. So vollzog sich die Errichtung der Schandmauer quer durch Berlin unter dem Schutze eines gewaltigen Aufgebotes von eilig in Uniform gesteckten Angehörigen der "FDJ" und der bewaffneten Arbeiterrilisen. Das bisher aufgewandte Militärpotential erhält durch die nun sanktionierte Wehrpflicht keine Verstärkung, die innere Schwäche des Ulbrichtregimes bleibt bestehen.

Unter denen, die vor dem 13. August in die schützende Freiheit der Bundesrepublik flohen, stellten die Jugendlichen den höchsten Anteil. Aus ihren Reihen kam und kommt der Widerstand; den Beherrschern Mitteldeutschlands ist es nicht gelungen, die heranwachsende Generation für sich zu gewinnen. Dieses Regime ist ein Regime ohne Jugend. Mit der Einführung der Wehrpflicht hat sich nun Ulbricht selbst eines Propagandamittels begeben. Seine Appelle an die westdeutsche Jugend, den Rock der Bundeswehr mit dem des Zivilisten in der Zone zu tauschen, haben den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verloren.

Dennoch ist die Einführung der Wehrpflicht in der Zone nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Gleichzeitig mit ihr soll die Verabschiedung eines Zollgesetzes erfolgen, um sich von der bisher von beiden Seiten anerkannten zollrechtlichen Einheit Deutschlands loszusagen. Zwar wird der Interzonenhandel davon nicht betroffen, der Hauptschlag gilt jedoch wiederum Westberlin, seine Verbindungen zur Bundesrepublik sollen erschwert und behindert werden.

Ulbricht, besessen von seinem Erfolg vom 13. August, hat sich hier auf ein Gebiet begeben, in dem gefährlicher Sprengstoff liegt. Will er die Spannung in und um Berlin mit auf die Spitze treiben, will er durch sein eigennütziges Vorgehen die Sowjetunion in eine Lage bringen, die ihr dann selbst keine Handlungsfreiheit beläßt? Die Errichtung der Schandmauer erfolgte mit der Zustimmung Moskaus. Was dies auch bei den neuen schwerwiegenden, von der Volkskammer herausgegebenen verabschiedenden Gesetzen der Fall? Wäre dem so, dann stünde dies in aufreizendem Widerspruch zu den Bemühungen Moskaus, mit der Bundesrepublik in ein gutes Verhältnis zu kommen. Moskau kann nicht beides haben: Gehör in Bonn zu finden und Ulbricht ungehemmt schalten zu lassen. Was der SED-Diktator den Mitteldeutschen zufügt, ist ihm allen angetan.

## Neue europäische Energiepolitik ?

Von Hans Vandenberg, z.Zt. Strassburg

Eine sensationelle, wenn auch nicht überraschende Wende scheint sich jetzt in der europäischen Energiepolitik anzubahnen. Nach den jahrelangen und ergebnislosen Bemühen, unter Beachtung der in der Bundesrepublik so prinzipientreu - wie nur eben möglich beachteten marktwirtschaftlichen Grundsätze eine Koordinierung der Energiewirtschaftspolitik innerhalb der Konvention zu erreichen, dürfte jetzt ein anderer Kurs eingeschlagen werden. Jedenfalls lassen das jene Formulierungen erkennen, die vom Energie-Ausschuß des Europäischen Parlaments in Form eines Entschließungsantrages vorgelegt wurden.

Fernab von allen marktwirtschaftlichen Grundsätzen und sehr nahe den sozialdemokratischen Auffassungen von einer koordinierten europäischen Energiepolitik postulierten die europäischen Energiepolitiker unter dem Vorsitz und mit Zustimmung des CDU-MdB, Prof. Dr. Eurgbacher, einige bemerkenswerte Thesen.

So wird festgestellt, daß es in den EWG-Ländern keine "volle Liberalisierung der Energiewirtschaft" geben kann, zumal sich diese volle Liberalisierung auch "in den übrigen Ländern der freien Welt als unumgänglich erwiesen hat, da der Gesichtspunkt der Sicherheit nicht außer acht gelassen werden darf".

Damit wird zweifelsfrei die seit Jahren von der Bundesregierung betriebene Energiepolitik als völlig unzureichend angeprangert, selbst wenn auch in der Bundesrepublik mit Kohleoll, Kontingentierung der Importe und Heizölsteuer einige schwache Versuche gemacht wurden, die Energiepolitik zu steuern. Es schüte dabei aber immer die große und durchdrachte Linie. Im Grundsatz wurde nämlich dem nun von Europäischen Parlament ausdrücklich betonten Primat der Sicherheit der Energieversorgung aus einheimischen Energiequellen zu wenig Beachtung geschenkt.

Allerdings - und das muß auch gesagt werden - konnte man sich in den europäischen Institutionen bisher ebenfalls nicht auf einen solchen Standpunkt einigen.

Jetzt, unter dem unmittelbaren Eindruck der immer unübersichtlicher werdenden Situation auf dem europäischen Energiemarkt, wurden einige bemerkenswerte Punkte zur Koordinierung der Energiewirtschaftspolitik

aufgezeigt. Der Energie-Ausschuß des Europäischen Parlaments meint:

Für Kohleimporte müssen im Bereich der EWG-Staaten harmonisierte Zölle und Kontingente eingeführt werden;

Die zollfreie Importmenge und die Höhe des Zolls müßten periodisch überprüft werden;

Im Rahmen der EWG muß besonders die Kohleförderung nach dem Grad der Wirtschaftlichkeit ausgerichtet werden;

Eine Kontingentierung der Ölimporte ist zu prüfen;

Die Frage einer Subvention für die Gemeinschaftskohle aus den öffentlichen Mitteln der Gemeinschaft ist zu prüfen.

Das sind zweifellos Vorschläge, die der bisherigen europäischen Energiepolitik ein neues Gesicht zu geben und den Wirrwarr zu beenden vermöchten. Es fragt sich allerdings, ob das in einem von privatwirtschaftlichen Interessen abhängigen Steinkohlenbergbau wie in der Bundesrepublik durchzusetzen ist. Schließlich hat die Erfahrung in den letzten Jahren gelehrt, daß die deutschen Bergbauunternehmer ihre Politik weniger nach den volkswirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten der Allgemeinheit ausrichten, sondern die eng begrenzte Interessensphäre ihres eigenen Unternehmens zum Maßstab ihres Handelns machen.

+ i +

#### Weltoffen der Zukunft zugewandt

H. - Es kommt nicht oft vor, daß ein Regierungschef bei der Abgabe der Regierungserklärung zu Beginn einer Legislaturperiode von allen Seiten des Hauses, also auch von der Opposition, Beifall bekommt. In Hamburg war das jetzt am Schluß der Regierungserklärung vor der Bürgerschaft der Fall, die Bürgermeister Dr. Neumann (SPD) für die beiden Koalitionsparteien SPD und FDP vortrug.

Es war eine weltoffene Rede eines optimistischen Mannes in einer Freien und Hansestadt mit der Tradition Hamburgs. Zwei Grundlinien sollen die Politik des Hamburger Senats in den nächsten vier Jahren kennzeichnen. Der Stadtstaat will seinen Bürgern gegenüber eine offene Politik mit den Merkmalen einer Stadt des Rechts, der Freiheit und der sozialen Sicherheit betreiben. Die Freie und Hansestadt Hamburg wird weiter alles tun, um ihrer Aufgabe als Großhafen und internationaler Handelsmetropole mit Beziehungen zu allen Staaten gerecht zu werden.

Oft sind es die kleinen Dinge und der politische Stil, welche die

Beziehungen zwischen Bürger und Staat vertiefen und festigen. Dr. Neveermann sagte hierzu, es gehöre zur Demokratie, daß alle ständischen und politischen Gruppen gehört und ihre Gesichtspunkte ernsthaft geprüft würden. So werde man die Bezirks- und Ortsämter bitten, die unbedingte Rechtmäßigkeit der Verwaltung als Rechtmäßigkeit dieser Verwaltung gegenüber jedermann aufzufassen, wie es sich der Senat selbst vorgenommen habe.

Tatsächlich ist ein solches Wort eines Regierungschefs in Deutschland nicht oft zu hören, aber man kann Dr. Neveermann glauben, daß er in den nächsten vier Jahren alles daran setzen wird, diesen hanseatischen Stil der offenen Politik zu fördern, damit die innere Demokratie des Stadtstaates stark werde.

Um nun der weltweiten Aufgabe des Großhafens und der internationalen Handelsmetropole gerecht zu werden, hat die Regierung Neveermann für Hamburg eine Reihe bedeutender Projekte vor. So wird man mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen über Planungsgemeinschaften dafür sorgen, daß Industrie und Handwerk gute Ansiedlungsflächen mit kurzen Verkehrsverbindungen bekommen. Dieses großräumige Wirtschaftsgebiet, das Hamburg in Norddeutschland vorschmeckt, soll nicht durch Landesgrenzen gestört werden, aber zugleich auch den Wohlstand der umliegenden Zonen heben.

Die Vergrößerung des Hamburger Hafens wird das Maximalziel, und der Bau eines Großhafens für Supertanker im Wattenmeer an der Unterelbe das Fernziel sein. Hamburg erwartet auch von der Landesregierung den Baubeginn des Nord-Süd-Kanals zwischen Unterelbe und Mittellandkanal mit dem Anschluß an das Salzgitter-Gebiet.

Diese gewiß großartigen Planungen, die durch eine reale Senatspolitik unter Dr. Neveermann in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen, sind notwendig, um den Wettbewerb Hamburgs im Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft konkurrenzfähig zu erhalten. Dabei spricht es für den weltweiten Geist der Hanseatischen Senatspolitik, daß Neveermann betonte, die äußeren Grenzen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dürfen aber nicht zu einem wirtschaftspolitischen Stachelrecht werden. Hamburg will den Handel mit allen Kontinenten.

25. Januar 1962

Albanien zwischen China und dem Westen

Von Harry Wehlicher

Während die westliche Presse die sensationell anmutende Meldung verbreitet, Albanien habe alle "kapitalistischen Länder" eingeladen, mit ihm diplomatische sowie gute wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen herzustellen, hat eine albanische Regierungsdlegation unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Nollazi in Peking eine Reihe von Wirtschaftsverträgen unterzeichnet, die die Bande zwischen dem europäischen Kleinstaat und dem asiatischen Großreich stärken sollten und dürften. Nicht nur auf den ersten Blick erscheint diese doppelseitige albanische Aktivität verwirrend. Können sich doch die albanischen Kommunisten einerseits nicht genug tun, ihre kommunistischen ideologischen Überzeugungen als "wahren Marxismus" dem bereits offenen der ideologischen Aneignung beschuldigten sowjetischen Parteiloch entgegenzuschleudern, vorantr auch der unversöhnliche Kampf gegen den "westlichen Imperialismus" zu führen ist, süßen andere albanische Forderungen den Eindruck erwecken, als könnte der Westen nach der Abfall-Integration von Ostblock demokra auf dem Balkan eine zweite politische Runde gegen Moskau gewinnen.

Worte im Hintergrund

Der Text, in dem die diplomatische Einladung an den Westen eingebettet war - ein eilendiger, ideologisch beanspruchter Beitrag des albanischen Parteiblattes "Nervi e Popullit" - antwortet jedoch selbst bei oberflächlichem Studium solche vorab malen Schlussfolgerungen. Die rhetorische Einladung an alle westlichen Länder sagt nämlich, wie eine Salve in der Luft - einem Sandhaar vor ideologischen-politischen Angriffen gegen den Westen. Da wird sowohl an die wiederholte italienische Aggression auf dieses Land erinnert, sowie die eine Normalisierung der albanischen Beziehungen zu Griechenland als Bedingung verlangt, Athen müsse vorher auf jede territoriale Forderung gegenüber Albanien verzichten.

eine dialektische Formel

Hinter der Formel, man wolle diplomatische Beziehung zu jedem Land "bei strenger Achtung des Prinzips der friedlicher Koexistenz",

mag sich jedoch auch noch etwas anderes vorbegeben. Bekanntlich spielt die Frage der "friedlichen Koexistenz" zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen in der Auseinandersetzung Ho-chun mit China ebenfalls eine erstrangige Rolle. Wenn Hirsch heute dem Westen zur Vertretung diplomatischer Beziehungen ermuntert, mag es dabei auch im Sinne haben, Ho-chun den Beweis seiner Koexistenzfähigkeit zu liefern. Lehnt der Westen dagegen ab, könnte sich Hirsch andererseits darauf berufen, eben Hirsch äußere sich die "Gesinnlichkeit der kapitalistischen Welt", die normale Beziehungen zu kommunistischen Staaten nicht wolle, was der Koexistenzpolitik die Grundlage entziehe.

#### Vorsicht ist geboten

Sollten einige westliche Länder dagegen "koexistenzbereit" sein, so sind gleichfalls zwei Aspekte zu beachten. Möglicherweise werden die albanischen Kommunisten, dabei werde vielleicht doch etwas größere wirtschaftliche Bewegungsfreiheit für sie herauskommen. Dies dürfte in Anbetracht der entwickelten albanischen Polizeiverfahren das innerpolitische Risiko aufwiegen, das durch die Errichtung westlicher Botschaften im Kosovo für das Regime Enver Hoxhas entsteht, wenn durch deren Befähigung entstehen könnte. Da Hirsch heute außerdem kaum etwas über die ideologisch-politische Konsultation seines großen Bruders in Peking von Ahfo, kann nur mitteilen, daß auch China ein Interesse hat, wenigstens über albanische Diplomaten in einigen westlichen Ländern vertreten zu sein. Könnten doch auf diese Weise gewisse Funktionen in der Auseinandersetzung gegen die Garuschtschowsche Fraktion des internationalen Kommunismus besser wahrgenommen werden. Zweifellos jedoch verblüffend, da sich die chinesisch-albanischen Beziehungen täglich festigen, solche Überlegungen näherliegend, als vornehmliche Spekulationen, des Stalinist Hoxha bereits möglicherweise eine bedeutende Kamikaze an die westliche Welt vor.

\* \* \*

### Kulturelle Entwicklungshilfe

Von Werner Selman, Hannover

Wichtige Fragen europäischer kultureller Zusammenarbeit wurden auf der vom Niedersächsischen Kultusminister Richard Voigt geleiteten 86. Sitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister in Hannover am 18. und 19. Januar besprochen. Wie auf einer Pressekonferenz von Minister Voigt bekanntgegeben wurde, wird sich eine Zentrale für generelle Kultusbildung in den Entwicklungsländern mit dem Aufgabebereich, die deutsche Lehrkräfte in Ausland erweist. Bisher haben sich etwa 3200 Lehrer für diesen Auslandsdienst gemeldet, den sie nach gründlicher Vorbereitung absolvieren können. Nach den bisher vorliegenden Meldungen zu urteilen, ist nun an den Tropen vornehmlich wenig interessiert. Zur Seite stehen nun abgeschlossene Kulturabkommen mit Lybien und Peru.

Man besprach ferner die besonders schwierige, vorbereitende Arbeit an einem 'Schulbedarf-Plan', durch den anhand der Klassenfrequenzen, der Schulformen, der Stundenzahl der Lehrer etc. festzustellen werden soll, welcher Bedarf an Lehrern und Räumen bei möglicher herabgesetzten Klassenschulgruppen in den nächsten Jahren etwa zu erwarten ist. Der Weg zur Überregionalität in allen Grundsatzfragen der landesdeutschen Kulturgeldpolitik wird die Kultusminister auch bei der geplanten Finanzverfassung des Landes auf dem Festen Mindern, wenn es gilt, die erheblichen Mehraufwendungen für die Bildungs- und Wissenschaftsarbeit sicherzustellen. Man ist nun bereit, für große kulturelle Aufgaben in einer Bundesstaat gemeinsam zusammenzutreten und zu helfen. Der Ausbau der deutschen Universitäten allein wird rund 2 Milliarden DM beanspruchen. Die Aufwendungen für die Hochschulen stiegen um 15% Prozent, für die allgemeinbildenden Schulen um 8% Prozent. Diese Zahlen werden sich 1970 verdoppelt haben, wenn man in Deutschland bis dahin einen Zuwachs von einer Million Schüler haben wird. Die Gesamtaufwendungen für alle Schulen im Bundesgebiet betragen jetzt im Jahr 5,7 Milliarden DM.

Die Konferenz der Kultusminister beschäftigte sich schließlich mit der vor Europarat abgeschlossenen Konvention über die gegenseitige Anerkennung der Matrikelzeugnisse, die bisher 16 Staaten umfaßt. Für Bewerber aus der sogenannten DDR, die in der Bundesrepublik studieren wollen, gibt es besondere Bestimmungen.